

Das Wort den Parteien

Thema: „Legal, illegal oder einfach egal?“

Eupen, den 07.04.2016

Zurzeit ist das Thema „Panama-Papers“ in aller Munde. Vom "größten Datenleck" der jüngeren Geschichte ist die Rede. Politiker aller Couleur reagieren medienwirksam und fordern Aufklärung, Strafverfolgung sowie strenge Konsequenzen. Dabei ist diese Praxis der Steuervermeidung seit Jahrzehnten bekannt. Internationale Konzerne, Großbetriebe und Reiche verwenden Firmen im Ausland, meist in so genannten Steuerparadiesen, zum Transfer von Gewinnen bzw. Einkünften, um der Steuerzahlung im eigenen Land zu entgehen. Die Grundlage für diese Vorgehensweise wurde jedoch erst durch entsprechende Gesetze geschaffen. Dass die internationale klassische Politik jetzt aufschreit, ist somit heuchlerisch. Schließlich hat sie selbst die Gesetze verabschiedet, viele Entwicklungen einfach laufen gelassen und immer wieder weggeschaut. Wen wundert's, viele Politiker scheinen ja die Praktiken auch für sich selbst angewandt zu haben. Zu Gesetzen, die solche Praktiken ermöglichen, gehören auch die so genannten Doppelbesteuerungsabkommen. In der Theorie sollen sie das zweifache Besteuern von Einkünften oder Vermögen im Ausland verhindern. Auf den ersten Blick noch nachvollziehbar. Wer jedoch tiefer gräbt, dem bietet sich ein anderes Bild. Die Organisation 11.11.11 hat diese Doppelbesteuerungsabkommen genau unter die Lupe genommen und ihr Fazit in ihrem Bericht vom Februar 2016 veröffentlicht. Neben den verheerenden Auswirkungen für die Partnerländer, darunter viele Entwicklungsländer, erwähnt die Organisation, dass Belgien keine Doppelbesteuerungsabkommen mit so genannten Steuerparadiesen abschließen sollte. Dies würde nämlich der Steuerhinterziehung Tor und Tür öffnen. Nun, Belgien hat mit dem vom aktuellen Fall betroffenen Panama kein solches Abkommen unterzeichnet. Panama ist aber nicht das einzige Steuerparadies. Und mit anderen solcher Staaten gibt es sehr wohl diese Verträge. Interessant für die Bürger der DG ist dabei zu wissen, dass solche Abkommen auch im Parlament in Eupen abgestimmt werden. Vivant ist die einzige Partei, die konsequent immer gegen solche Abkommen gestimmt hat. Zuletzt vor 14 Tagen, in der Plenarsitzung vom 21. März diesen Jahres. Und dies aus gutem Grund, wie jetzt nochmals offensichtlich wird. Auch hier bei uns schauen die klassische Politik, aber auch viele Bürger, zu gerne weg. Egal zählt nicht! Wenn wir wollen, dass sich etwas ändert, werden wir wohl hinschauen müssen.

Vivant-Ostbelgien,

Alain Mertes